

Name des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft:

(Ort)

(Datum)

Stadt Metzingen

über:

Elektronisches Vergabeportal DTVP

Teilnahmeantrag

**Vergabe von Totalunternehmerleistungen für den
Neubau einer Kindertagesstätte in Neugreuth Metzingen**

1

Wir¹ beantragen hiermit die Teilnahme an dem Vergabeverfahren zur Beauftragung von Planungs- und Bauleistungen für die schlüsselfertige Errichtung der o.g. Kindertagesstätte.

2

Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung zum Ausschluss vom Vergabewettbewerb führen kann.

3

Wir bewerben uns

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbergemeinschaft

¹ Die „Wir-Form“ gilt sowohl für einzelne Bewerber als auch für Bewerbergemeinschaften.

4

Anlagen zu diesem Teilnahmeantrag²:

- ☐ Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil
- ☐ Vordruck 2: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, 4 und 6 VOB/A
- ☐ Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014
- ☐ Vordruck 4: Referenzen
- ☐ Vordruck 5: Eignungsleihe
- ☐ Vordruck 6 (soweit erforderlich): Bewerbergemeinschaftserklärung
- ☐ Selbst verfasste Verfügungsbarkeits-/Verpflichtungserklärung des/ der zum Nachweis der Eignung in Bezug genommenen Unternehmen(s) (Nachunternehmen / Sonstige Dritte) i.S.d. § 6d EU Abs. 1 VOB/A

Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Teilnahmeantrags. Dies umfasst auch alle vorstehend aufgeführten Anlagen.

_____ (Ort)	_____ (Datum)	_____ (Name der erklärenden Person)
----------------	------------------	--

Mit der elektronischen Abgabe des Teilnahmeantrags über das Bietertool des Vergabeportals DTVP gilt dieser als unterschrieben. Auch nachfolgend weiter geforderte Unterschriften gelten für das Unternehmen, das den Teilnahmeantrag als Einzelbewerber oder bevollmächtigtes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft abgibt, als erbracht. Für alle weiteren Unternehmen sind die geforderten Erklärungen unterzeichnet einzureichen

² Bitte kreuzen Sie die entsprechenden Positionen an. Zu den Anforderungen an den mit dem Teilnahmeantrag einzureichenden Angaben/ Unterlagen siehe Ziff. 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung sowie die bereitgestellte Projekt- und Verfahrensbeschreibung.

Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigter Vertreter einer Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher

Name und Adresse:	
Ansprechperson für das Vergabeverfahren:	
Kontakt Daten (Telefon/Fax/eMail)*:	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Gesellschafterverhältnisse:	
Hauptsitz:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	

* Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt allein über die Kommunikationsfunktion des elektronischen Projektraums. Eine Benachrichtigung über neue Nachrichten im Projektraum erfolgt ausschließlich an die bei der Unternehmensregistrierung hinterlegte Mailadresse des registrierten Unternehmens.

Ausfüllhinweise

Der Vordruck ist von allen an der Bewerbung beteiligten Unternehmen (siehe Kopf des Vordrucks) mit dem Teilnahmeantrag abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 6 VOB/A

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Hiermit erklären wir, dass

(bitte durch Ankreuzen bestätigen oder – soweit dies nicht möglich ist – in einer Anlage erläutern, warum gleichwohl die erforderliche Eignung zur Durchführung des Auftrags gegeben ist)

- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 6e EU Abs. 1 und Abs. 4 VOB/A vorliegen,
- ☐ in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 6e EU Abs. 6 VOB/A vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

Ort, Datum

Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbungsgemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Weiter ist die Erklärung von allen Unternehmen abzugeben, auf deren Kapazitäten sich der Bewerber/ eine Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit beruft (Eignungsleihe). Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. § 6e EU Abs. 1, 4 und 6 VOB/A wird auf folgenden Text der Vorschrift verwiesen:

§ 6e EU VOB/A Ausschlussgründe

(1) Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn er Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),

9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Der öffentliche Auftraggeber schließt ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, oder

2. der öffentliche Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen kann.

Satz 1 findet keine Anwendung, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 6f EU Absatz 1 und 2 bleiben unberührt.

(6) Der öffentliche Auftraggeber kann unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 6e EU Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen, Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Vordruck 3: Eigenerklärung zur Umsetzung von Art. 5k VO (EU) Nr. 833/2014

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Wir haben zur Kenntnis genommen, dass es nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, zuletzt geändert durch die Verordnung (EU) 2023/2878 vom 18.12.2023 öffentlichen Auftraggebern bis auf weiteres verboten ist, mit folgenden Personen, Organisationen oder Einrichtungen einen Vertrag zu schließen, der in den Anwendungsbereich der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe fällt, oder sie in einem Umfang von mehr als 10% des Auftragswerts als Unterauftragnehmer, Lieferant oder auf sonstige Weise an einem entsprechenden Auftrag zu beteiligen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a) oder b) genannten Organisationen handeln.

Wir versichern hiermit, dass wir keiner der vorgenannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind und auch die Unternehmen, auf deren Kapazitäten wir zum Nachweis der geforderten technischen Leistungsfähigkeit verweisen, ebenfalls nicht diesen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zuzurechnen sind oder jedenfalls zu nicht mehr als 10% des Auftragswerts an der Ausführung des Auftrags beteiligt werden.

Ort, Datum

Name, Unterschrift

Ausfüllhinweise

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bergewergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck kann zu diesem Zweck kopiert werden.

Vordruck 4: Referenzen (Leistungen nach 01/2018)

Es gelten ausschließlich die Angaben auf dem nachfolgenden Vordruck (2 Seiten). Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen. Hinsichtlich der besonderen Mindestanforderungen an die Referenzlage und insbesondere der Vergleichbarkeit einer Referenz mit dem zu vergebenden Auftrag wird auf Ziffer 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der EU sowie die Angaben in der bereitgestellten Projekt- und Verfahrensbeschreibung verwiesen.

Danach gelten folgende **Mindestanforderungen an die Referenzlage**:

Der Bewerber muss / die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen in der Summe für den Zeitraum der letzten 8 Kalenderjahre (seit 1/2018) zwingend folgende Referenzanforderungen entweder selbst erfüllen oder entsprechende Erfahrung von Unternehmen nachweisen können, die im Auftragsfall die entsprechenden Leistungen als Nachunternehmer erbringen würden:

- Nachweis mindestens einer Referenz über die schlüsselfertige Errichtung eines Kindergartens/ einer Kindertagesstätte oder eines Schulgebäudes, welche sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:
 - Bauwerkskosten (KG 300-400) nach DIN 276 brutto i. H. v. mind. 3 Mio. EUR,
 - Fertigstellung nach 01/2018,
 - Referenz umfasst neben Bauausführung auch Objektplanung Gebäude und TGA-Fachplanung ab LPH 3 (Tätigkeit als sog. Totalunternehmer).
- Nachweis mindestens einer Referenz über die Planung (mind. ab Leistungsphase 4/ Genehmigungsplanung) und Erstellung eines Systembaus, welche sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:
 - Bauwerkskosten (KG 300-400) nach DIN 276 brutto i. H. v. mind. 3 Mio. EUR,
 - Fertigstellung nach 1/2020.
- Nachweis mindestens einer Referenz über die schlüsselfertige Errichtung eines Hochbaus, welche sämtliche folgende Anforderungen erfüllt:
 - Bauwerk ist zertifiziert nach LNB, DGNB, BNB, N!BBW, QNG oder vergleichbar oder mit einem etablierten Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet;
 - Bauwerkskosten (KG 300-400) nach DIN 276 brutto i. H. v. mind. 2 Mio. EUR,
 - Fertigstellung nach 1/2020.

Die vorstehend definierten Anforderungen können kumulativ in zwei Referenzen nachgewiesen werden oder alternativ in separaten Referenzen.

Im Falle einer Bewerberauswahl bei einer größeren Anzahl an Bewerbern, welche die vorstehenden Mindestanforderungen erfüllen, erfolgt eine vertiefte Beurteilung der angeführten Referenzaufträge hinsichtlich ihrer Vergleichbarkeit mit dem hier zu vergebenden Auftrag. Zur Methodik der Bewerberauswahl wird auf die näheren Erläuterungen in der bereitgestellten Projekt- und Verfahrensbeschreibung verwiesen.

Die Anzahl an Referenzen, die mit dem Teilnahmeantrag angeführt werden können, ist nicht beschränkt. Es werden aber nur die fünf am besten bewerteten Referenzen bei der Bewerberauswahl berücksichtigt.

Inhaber der Referenz: _____

Referenznummer: _____

Referenzprojekt:	
Auftraggeber, Anschrift sowie Ansprechpartner (mit Telefonnummer):	
Art und Kosten der Baumaßnahme:	Schlüsselfertige Errichtung ☐ einer Kindertagesstätte ☐ eines Kindergartens/ einer Grundschule ☐ einer weiterführenden Schule ☐ Sonstiges Gebäude: _____
Bauwerkskosten KG 300 + 400 nach DIN 276 brutto:	
BGF in m²:	
Leistungszeitraum (Monat/Jahr – Monat/Jahr):	_____ ☐ Fertigstellung nach 01/2018 ☐ Fertigstellung nach 01/2020
Funktion im Projekt:	☐ Auftragnehmer ☐ Mitglied einer beauftragten Arbeitsgemeinschaft ☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges: _____
Niederlassung, welche das angeführte Referenzprojekt hauptverantwortlich ausgeführt hat:	
Erbrachte Planung- und Bauleistungen/ weitere Beschreibung:	☐ Planung ab mind. HOAI-LPH 5 und abgeschlossene Bauausführung ☐ Planung (mind. ab Leistungsphase 4/Genehmigungsplanung) und Errichtung eines Systembaus ☐ Auftrag umfasste neben Bauausführung auch Objektplanung Gebäude und TGA-Fachplanung ab LPH 3 (Tätigkeit als sog. Totalunternehmer).

Weitere Beschreibung:

- ☐ Bauwerk ist zertifiziert nach LNB, DGNB, BNB, N!BBW, QNG oder vergleichbar oder mit einem etablierten Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet
- ☐ Referenz betrifft Bauen mit Fertigteilen bzw. Modul-/Systembauweise

Vordruck 5: Eignungsleihe

Name des erklärenden Unternehmens: _____

Zum Nachweis der der technischen Leistungsfähigkeit / fachlichen Eignung beziehen wir uns

- ☐ auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen, namentlich der folgenden Unternehmen

lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Anschrift	Funktion	geplanter Leistungsbereich
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	
			☐ Nachunternehmer ☐ Sonstiges	

Uns ist bewusst, dass wir mit dem Teilnahmeantrag dem Auftraggeber nachzuweisen haben, dass uns im Auftragsfall die Mittel /Ressourcen/ Kapazitäten dieser Unternehmen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Hierzu haben wir **anliegend** eine Verfügbarkeitserklärung des benannten Nachunternehmens / sonstigen Unternehmens beigefügt.

Inwieweit wir darüber hinaus den Einsatz von Nachunternehmen beabsichtigen, werden wir mit dem Angebot mitteilen.

Ausfüllhinweise

Angaben dazu, welche Unternehmen im Auftragsfall bestimmte Leistungen als Nachunternehmer erbringen sollen, sind nur dann bereits mit dem Teilnahmeantrag erforderlich, wenn sich der Bewerber/ die Bewerbungsgemeinschaft zur Erfüllung der Mindestanforderungen an die Referenzlage auf Referenzen anderer Unternehmen bezieht (sog. Eignungsleihe). Diese anderen Unternehmen müssen dann als Nachunternehmer für diejenigen Leistungen vorgesehen werden, für die zum Nachweis der Eignung auf ihre durch entsprechende Referenzen belegte Erfahrung verwiesen wurde.

Vordruck 6: **Bewerbergemeinschaftserklärung**

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

1. **Bewerbergemeinschaftsdaten**

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbungsgemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftlich Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),
- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Auftragsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbungsgemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft:

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)